

Bäcker-Zeitung.

aller in der Nahrungsmittel-Industrie beschäftigten Gesellen, Gehilfen, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Offizielles Organ
der Central-Bausen- und Sterbe-Kasse
der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz: Dresden).

Herausgegeben und redigirt von B. Liescher, Hamburg, Idastr. 15/17.

Erscheint alle 14 Tage, Sonnabends.

Offizielles Organ des Verbandes
der
Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz: Hamburg).

Anzeigen für die fünfgesparte Petitzelle oder deren Raum 10 fl., Geschäfts-Anzeigen 15 fl., doch ist bei Einsendung von letzterem der Betrag beizuzahlen.
Mitglieder des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands erhalten dieses Blatt gratis.
Vereinsbezug für Fachvereine der Bäcker bei mindestens 10 Exemplaren pro Quartal 75 fl. — Für Einzel-Abonnements pro Quartal M. 1,20.

Bekanntmachung.

Da der Vorsitzende des Verbandes, Kollege D. Allmann, durch eine sechswöchentliche Übung beim Militär verhindert ist, die Verbandsgeschäfte zu führen, folge B. Liescher für diese Zeit mit der Führung der Geschäfte beauftragt.
Alle Sendungen sind bis auf Weiteres an B. Liescher, Hamburg, Idastraße 15/17, zu richten.

Der Vorstand des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands. S. A.: B. Liescher.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Geschenken! Seit über fünf Wochen tobte in ein gewaltiger wirtschaftlicher Kampf, dessen Ursachen bekannt sind. Keine künstlichen Agitationen von der Seite, sondern einzig die gemeinsame Röth, der mit dem Alle leidet, die Rißstände, die in Hamburg sind, schufen unzählig, wie mit elementarer Gewaltige Bewegung, welche in Deutschland bisher nicht hatte. Wer Anderes sagt, behauptet die; weder im Solde englischer Sünder siedende fremde, noch sogenannte „sozialdemokratische Heer“ haben es gehegt; trotz aller Gegenreden der „Führer“ bei diesen unzulässigen Waffen unter Hub und Druck des Streit, als ihre Forderungen zum größten Thrillen und weitere Verhandlungen seitens ihrer Arbeiters abgelehnt wurden!

Bei dieser plötzlichen Kampfesmuth einer Arbeiterschaar, lang stillschweigend, ohne Widerstand sich Lohn- Maßregelungen, Erhöhung der Arbeitszeit hat? Der sachte Geschäftsgang war es, die hambuger Hosenarbeiter bekannte Thatsache, brachten kolossal gestiegen, der Unter- profit sich in vielen Fällen um über 1 gezeigt hatte.

Arbeiter verlangen ihren Anteil an diesem Mehr- und da bisher all ihr Bitten um Lohn erhöhung, um der Arbeitszeit, Befreiung der größten Rißstände war, die Vertreter der Staatsbehörden ihre Petitionen in einer Antwort gewürdigt hatten, so griffen sie zu Mittel, welches anzuwenden noch übrig blieb —. Die Bewegung war nicht, wie der Jahresbericht der Hambuger Handelskammer behauptet, „der Aus- u. Übermuth streitenden Gesichts“ der Übermacht Arbeitgeber, sondern einzig und allein die Thatsache, Arbeitgeber sich Jahr aus, Jahr ein geweigert Befreiung der Rißstände, die als vor- und der Handelskammer-Bericht ohne zugiebt, den Arbeitern die Hand zu bieten.

Und klar zeigt sich die Situation in der einstimmigen Abstimmung auf Einigung eines Schiedsgerichts Arbeit und der einstimmigen Ablehnung derselben Arbeitgeber.

Arbeitern lag nichts fern, als ein Zeit, die Arbeitgeber wollten beweisen, daß sie die „Hambuger Hosen“ sind, daß sich die Arbeiter zuo zu jagen und im höchsten Fall befehligen zu niemals etwas zu fordern berechtigt sind. Und Punktstandpunkt haben die Arbeitgeber aufrecht während der Dauer des Kampfes.

Senatsvorlage, nach Wiederaufnahme der Arbeit Arbeitserhebungen über die Fußende im Raum zu veranstalten und Verhandlungen über die Lohn-Verhältnisse mit den Arbeitgebern zu veranlassen,

erhielten die Arbeitgeber, wie solches ausdrücklich in der von ihnen verbreitlichten Erklärung hervorgehoben ist, die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit und Stimmen deshalb dem Senatsvorlage zu. Was Wunder, daß die Arbeiter ihn ablehnen, da ihnen in demselben auch nicht die geringste Garantie dafür geboten war, daß keine Maßregelungen stattfinden und daß die in Aussicht gestellten Verhandlungen bei allen Differenzen durch einen unparteiischen Schiedsgericht ihre Ertedigung finden sollten. Die Arbeiter wollen sich nicht bedingungslos unterwerfen, weil sie aus langjähriger Erfahrung wissen, daß aus einem Kutsche des Arbeitgebers, und so kann auch aus der Zustimmung ihres bisher auch nicht die geringste Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gestanden, sondern wiederholt dieselben verschlechtert haben.

„Vertrauen“ verlangt der Handelskammerbericht von den Arbeitern, Vertrauen zu ihren Arbeitgebern, die öffentlich erklärt haben, sie „niederzuwerken“ zu wollen, und welche den Arbeitern jede Berechtigung abprechen, bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch ihrerseits ein Wort mitzureden.

Arbeiter Deutschlands! Zu geradezu wunderbarer, wie vorher geahnter Weise hat sich gegenüber Euren kämpfenden Brüdern Euer Solidaritätsgefühl offenbart. Die Solidarität läßt sich nicht von vornherein zahlenmäßig abmessen, und deshalb haben sich die klugen Rechenmeister auf Seiten des Arbeitgeberverbandes bisher recht gründlich verrechnet. Man sieht es für unmöglich, daß derartige gewaltige Summen, welche zur Unterstützung der 18 000 kämpfenden Hosenarbeiter erforderlich sind, auch nur für eine Woche aufzubringen seien, und doch wurde bislang Woche für Woche die Unterstützung prompt ausgezahlt. Den weitauß grössten Theil hat natürlich Hambug selbst aufgebracht. Wir müssen jetzt von der Rück- zur Silberwährung abtreten, entlädt ein Schritt in einer Weisversammlung, und Hambuger Arbeitet befürchten den gegebenen Statt; die Gewerkschaften beschließen, einer Mindestförderung von M. 1 pro Mitglied für den Streit zu ertheilen, und hat die Kartellkommission förmlich empfohlen, daß für die freige alle Mitglieder von Gewerkschaften, welche dazu irgend im Stande sind, den regelmäßigen Wochenbeitrag von M. 1 auf M. 2 erhöhen möchten.

Arbeiter Deutschlands! Wir bitten Euch aber, zu beachten, daß infolge des nach den Zeiten sich in einer ganzen Reihe von Gewerken alljährlich fühlbar machen Arbeitsmangel es für viele Arbeiter naturgemäß schwieriger sein wird, noch weiterhin den Streit in derselben Höhe aufzufangen zu können. Die Opferfreudigkeit der in Arbeit lebenden Arbeiter muß deshalb verdoppelt werden und so richten wir an alle noch in Beschäftigung stehenden Arbeiter Deutschlands die dringende Mahnung, dem Beispiel der Ham-

bürger Arbeiter zu folgen und aller Orten ebenfalls von der Rück- zur Silberwährung überzugehen.

Arbeiter Deutschlands! Die kämpfenden Hosenarbeiter gehen noch heute so fest wie am ersten Tage — die wenigen Streikbrecher, die abgesellen sind, zählen nicht —, die herangezogenen freudigen Arbeiter sind ihrer großen Mehrzahl nach außer Stande, die schwere Arbeit im hambuger Hosen zu richten zu können.

Die Situation für die Streikenden ist eine äußerst günstig. Der Kampf muß gewonnen werden, wenn die Waffen für die nächsten Kämpfer nicht anfallen. Das ist die einzige Rettung dieses Kampfes liegt in der Hand der Arbeiterschaft, kann die gleichen ihre volle Schärfe, kann an dem Mangel an Unterstützung die gerechte Sache der hambuger Hosenarbeiter nicht scheitern!

Wir appellieren deshalb an Eure Solidaritätsgefühl, Arbeitbrüder! Ihr steht nicht nur nicht erlahmen, sondern mögt in Betracht der gleichbedeutender Faktor ist. Und so lange dieses Faktor nicht erreicht ist, so lange die Arbeitgeber sich weigern, in Verhandlungen einzutreten, mit ihren Arbeitern über die Lohn- und Arbeitsbedingungen und einige Differenzen der Entscheidung eines unparteiischen Schiedsgerichts zu unterscheiden, muß weiter gekämpft werden.

Arbeitbrüder! Der Kampf möge nun dauern, so lang wie er wolle — durch Eure Solidarität kann es verhindert werden, daß der Hunger Eurer kämpfenden Brüder zur Kriegerierung zwingt.

Arbeiter Deutschlands! Seht, daß Ihr die Gewerkschaftsgruppen habt, und thatt Eure Solidarität. Versammelten Euch zusammen, befördet den gewissen Kampf der kämpfenden Hosenarbeiter, geht von Werftstatt zu Werftstatt, um freiwillige Gaben zu erheben für Eure kämpfenden Brüder.

Die hambuger Hosenarbeiter haben sich durch ihre Ruhe und Geduld, durch ihr manhaftes, geschlossenes Gemüth die Sympathie jedes reziprok denkenden Mannes in Deutschland erworben. Sie werden deshalb, so gut wie wir in Hambug, auch in bürgerlichen Kreisen eine offene Hand für Ihre Sache finden.

Deshalb vorwärts! Der Sieg ist unser, wenn die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands, dem Beispiel der hambuger folgend, mit aller Energie eintritt für die im letzten Kampf ringende mutige Sache!

B. Liescher, Bäcker, Hamburg.
F. Krems, Hosenarbeiter, Hamburg.
Herrn. Quim, Bäcker, Hamburg.
M. Schell, Glasarbeiter, Bergedorf b. Hamburg.
W. Walf, Gold- u. Silberarbeiter, Hamburg.
G. Kellermann, Hosenarbeiter, Hamburg.
C. Herrlich, Konditor, Altona-Ottensen.
Herrn. Stober, Kaurer, Hamburg.
W. Müller, Schlossarbeiter, Hamburg.
F. Lange, Schmid, Hamburg.
G. Schmid, Seiler, Hamburg.

G. Häberle, Taperierer, Hamburg.
C. Truhold, Zigarettenförmiger, Hamburg.
F. Schröder, Gläserer, Hamburg.
F. Bischoff, Kupferschmied, Hamburg.
Otto Gitter, Steindrucker, Berlin.
G. Nicolai, Maler, Lackierer u. Anstreicher, Berlin.
Gustav Bauer, Bureauangestellter, Berlin.
C. Höhne, Tapisseier, Berlin.
C. Döblin, Buchdrucker, Berlin.
F. Karp, Bergarbeiter, Berlin.
A. Knoll, Steinheper, Berlin.

M. Krebs, Fabrik- u. gewerb. Hässler, Hannover.
Drapo, Büdhauer, Berlin.
Chlors, Höher, Trebitsch.
Kämpfer, Müller, Altenburg.
Gassendach, Sattler u. Tapezierer, Berlin.
Wiehle, Brauer, Hannover.
Eckert, Schuhmacher, Nürnberg.
M. Schütze, Metallarbeiter, Stuttgart.
Carl Kish, Holzarbeiter, Stuttgart.
O. Wahner, Handbuchmacher, Stuttgart.
L. Dietrich, Buchbinder, Stuttgart.

Rehreibige Zeiten.

Die alte Phrase, daß die Großindustrie das Kriegsgewerbe vollständig aufgelösen habe, ist verunreinigt schon hunderte Male widerlegt worden, wird aber trotzdem immer wieder kolportiert. Es lassen wir in einer Korrespondenz, die vor einiger Zeit durch die *Württembergische Presse* ging, und zur Abdert und ersten Widerlegung der „alten Phrase“ wird. Anzahl Kosten soll dem Ergebnis der Volkszählung von 1910 für die Stadt Berlin mitgetheilt.

Run beseiden wir das vorher geschilderte Bild der gesellschaftsrettenden Stütze und sein Schattenseite. Daß die Großindustrie das Kleingewerbe verschlungen habe, — Blid haben wir noch niemals behaupten hören. Denn über die Straße beweist ja, daß noch eine Menge von Kleingewerbetreibenden vorhanden ist. In den manchen Berufen, namentlich distributiven, wie dem Handel und der Schankwirtschaft, in bedenklichem Maß zurückzusehen. Wenn aber der Mann sich die Mühe genommen hätte, die „alte Phrase“ nach ihrem wahren Sinn und Wortlaut zu prüfen, so hätte er sich die Widerlegung vielleicht nicht so leicht gemacht. Er hätte dann wohl gehört, daß die wirtschaftliche Bedeutung des Klein gewerbes, in nahezu sämtlichen messegroßen Gewerben durch die technische und wirtschaftliche Überlegenheit des kapitalistischen Großbetriebs, wie sie sich aus der Leistungsfähigkeit der Kraft- und Werkzeugmaschinen, in der Arbeitsteilung, der Beherrschung des Marktes, den besseren Kredit- und Kapitalverhältnissen usw. usw. ergiebt, immer stärker und endgültig vernichtet werde, daß auch in nicht wenigen Betriebszweigen, wie Bergwerke und Hüttenbetrieb, Brauerei, Bäckerei u. a., das Handwerk tatsächlich bereits aufgegessen sei oder doch sich aufgesogen werde. Dem aber widerspricht es in keiner Weise, daß noch in einzelnen Betriebszweigen, wie Gärtnerei oder im Luxusgewerben von geringerer Bedeutung oder pecuniären Dienstleistungen das Kleinst- und Mittelgewerbe sich erhalten kann — sogar eine gewisse Blüthe erlebt — und noch weniger, daß viele, viele hunderttausende „selbstständiger Handwerker“ als Lohndarbeiter, Kleinförster, die sich neben dem Verkauf angloamerikanischer Waren nur noch mit Reparaturen abgeben, und natürlich als jämmerlich bedrückte und ausgebeulte Lumpenstrudel und Heimarbeiter ihr Dasein fristen. Es konnte also in keiner Weise überreden, daß die Berufszählung keinen Rückgang der Zahl der Gewerbetreibenden ergab. Hatte man die Leistungsfähigkeit nach Kraftquellen und Umsatz berechnet, so hätte sich ein ganz anderes und weit deutlicheres Bild ergeben.

Was aber besagt jene „Überlegenheit“ der eigenhändig
zurecht gehaltenen „alten Brüder“? Nun höre: Nach einer vom
Statistischen Amt der Stadt Berlin ausführlich der Volkszählung
in 1890 gemachten Erhebung beschäftigten von den gezählten
147 339 selbstständigen Gewerbetreibenden drei
Viertel (749,3 %) überhaupt keine Arbeiter, so daß
die Zahl der Arbeitgeber nur ein Viertel aller
selbstständigen Gewerbetreibenden betrug. 193,9 % beschäftigten
einen bis fünf, 28,5 jedoch bis zehn, 23,7 elf bis fünfzig, 4,6
über fünfzig Arbeiter. Die höchste geschätzte Zahl waren 5000
in einer Spinnerei beschäftigte Arbeiter, von denen jedoch nur
2400 in der zugehörigen Berliner Färberei tätig waren
Weiß als denn Schätz bei einer Hälfte der Selbstständigen
bei den Erwerbsleuten, der Landwirtschaft, dem Hand- und
Handelsgewerbe, am eindrücklichsten dagegen die Industrie
der Metalle (337,5), der Feste- und Verarbeitstoffe (365,4), der
Holzverarbeitung und Eisenwaren (351,9)

Die selbstständigen Gewerbetreibenden des weiblichen Geschlechts (267,8 %) beschäftigen zu $\frac{17}{18}$ überhaupt keine Arbeiter... Auf einen weiblichen Arbeitgeber fallen nur 4,4, auf einen männlichen 7,7 Arbeiter. Die oben angeführten Zahlen reden eine beredte Sprache; sie zeigen, daß das Kleingewerbe immer noch einen recht breiten Boden hat und daß davon Auswüchsen durch die Großindustrie keine Riebe sein kann."

Sa, Sie haben eine beredte Sprecherei, die Zahlen, und man möchte ja nur wünschen, daß die geschäftsmäßigeren Thätigkeiten im geschäftigeren Spenden liege. Also, weil das Kleingewerbe selbst in Berlin, das zwar eine Subsistenzfindet etwas Stenges ist, aber doch aus keine typische Gemeinschaft der Großindustrie wie B e o g a m oder C h e m i n g , kann jetzt nicht, daß die große Masse der Gewerbetreibenden nicht sehr im Stande ist, sich auch nur einen Schäßen zu halten, kaum hat das Kleingewerbe noch einen breiten Boden. Alle die Kaufleute mit Streichholzern, die kleinen Betriebsvermögen — selbst verfrachte Konsulente oder kleinliche Handlungsgeschäften —, jeder die italienischen Murmelspielfabrikanten und Affentherapeuten mit einem gequälten Dasein! (Auffrisch: Schachbrettzügen) sie alle müssen für den "beritten Boden" des Kleingewerbes verantw. ablegen; alle die Gewerbetreibenden sind die Gewerbetreibenden in der Wirtschaft, weil erneut Proletariat sie ein „solidarischer Theil der Fabrik“ ist, aber funktionieren sie nicht mehr im gleichen im gleichen organen die alte Form von der Zusammenhang des Kleinbetriebes. Und erst bei den Gewerbetreibenden steht diese Geschichts, das ist „die neue Gewerbe“ eröffnet. Aber Ihnen ist nicht, was mit Proletarier Spende dem Gewerbe füllt, aber den Gewerbetreibenden und den Gewerbe mit der Wirtschaft unverträglich zusammen — aber nun es natürlich zum größten Zwickel konträr, konträr, konträr und die zahllose Schachbretter im „eigenen Spur“ können endgültigen Arbeitsergebnissen der Sozialistischen Industrie z., nach erfülltlich des letzten Schachbretts Gewerbe selbst wichtigen Verteidigern des häufigen Gewerbeaus der Wirtschaft.

Seider ist die Zahl der von jetzt an beschäftigten von Gewerbe-
treibenden beschäftigten Arbeitern nicht ausgetilgt. Sie würde,
zumal wenn sie gefüllt wäre durch die Auszählung der noch vor-
liegenden Statistik und die Erhebung der Umfrage, die ganze
Beschäftigung der großen Kauf- und Kleingewerbes erü-
brigen werden können.

Und auch dieser Vergleich ist allerdings noch — nicht so eindeutig freilich, wie der angeführte Schreiber jener Röhr den Gegenzur behaupten läßt — auch die theoretische Ausjagung erlaubt. Hat doch die Betriebszeit am 20. Juni 1865 im Gewerbe von 100 im Durchschnitt 25,76 Arbeitstage gewandert gegen 25,35 im August 1862 und 25,76 Schleißhämmer gegen 25,35 im August 1862 und 25,13 Arbeitstage gegen 25,95 im August 1862. Im Hand- und Vertriebsgewerbe aber fanden sich 1863 vom 1. Januar bis 31. Dezember 35,73 Arbeitstage gegen 44,25 im 1862, d. h. 43,27 Arbeiter (47,43). Es fanden also 1862 im Gewerbe 2,77 Arbeitstage auf einen Schleißhämmer, 1863 aber über 3, Arbeitstage noch das extrahistorisch zahlreicher Material. Der Unterschied besteht in die Größe der konzentrationsmäßigen Arbeit eines durch Gelegenheiten und Gegebenheiten bestimmtlichen Produktionsverfahrens in Verhältnis gegeben werden mag. Rieß, so einer allgemeinen schablonenhaften Ausbildung der Kleiderfertigung mit in einer bestimmten

reihe von Gewerben die Rebe. Ihre Zeitung aber, ihre
wirtschaftliche Überzeugung und die Bereitstellung der
Kasse ihrer Inhaber vollzieht sich in einer Raschheit, die für
unsene Unhänger des Rebschenks geradezu erschreckend sein
würde. Andere täuschen sich mit willigen Veruhigungen über harte
Wahrheiten hinweg. Möchten sie nicht all zu unsanft aus ihrem
Schlummer erweckt werden! („Vorwärts.“)

unter die Vorlesungen des Aboriginesatentheaters. Hierzu gehörte den Herrn Gewerberath auch hierüber zum ersten Male erklärte, wenn das Haussbedien nicht oft gehöre es zu den gelegentlichen Dienstleistungen, welche öftster vor, dann solle es unter die Verhinderungen des arbeitstages. (Was sagen dazu unsere Bersten Werke?) Mittlerweile war auch der Herr Regierungsrath

Zur Beschreibung der Begrände.

Berlin kann sich für diesen Vorschlag nicht erwärmen, und das mit Recht. Uns ist in keiner Weise hiermit gedient. Wir werden, wenn die Verschmelzung vorgekommen werden sollte, wenig eine kampffähige Organisation haben, wie wir sie jetzt haben. Denn drei Räulen geben immer noch keine Einheit. Die einklassigen Konditoren und die noch versumpfteren Männer geben kein Material für eine Kampforganisation, sondern der Schleuderan wird nur noch mehr einfallen und schließlich wird Alles begraben. Der ganze Brennraum in dieser Frage ist der: Unser Verbandsblatt hat bisher unser Vermögen verzehrt durch die obligatorische Einführung desselben, eine Thatsache, die ich schon im Anfang befürchtet, mich wiederholt ausgesprochen habe. Würde dies nicht der Fall gewesen sein, ich glaube sicher, der Verbandsvorstand würde nie mit dem Vorschlag gekommen sein, die Verbände esp. die Bäckergenossenschaften zu verschmelzen. Nun ist die Frage die: wird, wenn die drei gedachten Verbände sich vereinigen, ein Kampfverbund gesamt werden können? Meines Erachtens nicht. Zwei Beamte sollen besoldet werden, die Zeitung achtäuglich ergeben in größerem Format. Ja, glaubt denn der Hauptverband, daß wir dann finanziell besser, daß unsere Organisation kampffähiger sein wird? Rümmert mehr! Wir haben nun mal mit der leidigen Thatsache zu rechnen, daß, so lange das Kleiderhandwerk in den Händen des Kleinbetriebes bleibt, wir nicht eine solche Kampforganisation haben werden, wie wir sie wünschen. Und hierum dreht sich Alles. Hier liegt es mir an. Ich will für heute nicht detaillierter auf das mit Angeführte eingehen, komme vielmehr später noch drauf zurück. Meine Meinung geht dahin: Erwachsen dem Verbande durch Verschmelzung der Blätter bedeutende Minderungen, so verlusten wir es hiermit. Zu diesem nicht verfallen, so arbeiten wir so weiter wie bisher. Von einer besoldeten Zeitung kann dann allerdings nicht die Rede sein, sondern die Arbeiten müssen dann so verteilt werden, daß nicht eine Person allein jetzt überlastet ist. Verbandsvorstand und Redakteur zu trennen. Des Weiteren läßt sich auch über die Aushebung der obligatorischen Einführung der Zeitung reden.

Paul Sandhoff.

Paul Sandhoff.

Erster öffentlicher.

* Die Bundesstaatsverordnung, betr. den Magimal-
heitsstag im Badereigewerbe, wird gleich beim
Niedergesammettritt des Reichstages beim Stat der Reichsamt-
es Januar, welcher überhaupt diesmal zu wichtigen und um-
fassenden sozialpolitischen Debatten in ganz besonderem Ringe
nicht gehen wird, zur Sprache kommen. Am Schlus der
letzten Sitzung vor dem Wahlauftakt hat bekanntlich der
sozialdemokratische Abgeordnete Weißermann aus Sonnenberg
gefordert, daß er bei diesem Stat eine entsprechende Anfrage
stellen und zugleich den Antrag der Konservativen auf Au-
gebung der bundesstaatlichen Verordnung einzuführen
werde. Die Herren Abgeordneten werden also im Bunde mit
den Staaten und den Mandatsträgern ein Stad echt dema-
tischer „Ritterkunde“-Politik ausführen. Die Sache der
Arbeiter wird dabei seines der sozialdemokratischen Abge-
ordneten fröhlige Verhüdigung erjohren. In einer Berliner
Korrespondenz für Zentrumsländer heißt es zu der Angelegenheit:

Man wird bei dieser Gelegenheit wohl erfahren, welche Vorgehnisse die vom Bundesrathe veranlaßten Erhebungen mehr oder die Wütungen des Regimentsarbeitsstages gezeitigt haben. Ein Teil der hiesigen Bädermeister behauptet, daß sie nicht eignungsfähig bleiben würden, falls die Bundesabstimmung nicht bald aufgehoben werde; die Bädermeister wieder erklären in ihren Versammlungen, daß der wölffähige Regimentsarbeitsstag bei einigermaßen gutem Willen der Meister leicht durchgeführt werden könne. Zur Zeit wird unter den organisierten Bädermeistern ein allgemeines Lied und vorbereitet für den Fall, daß die Bestimmungen über den Regimentsarbeitsstag eine Diskussion erfordern sollten. Die Agitation geht jetzt insbesondere dahin, möglichst große Massenände anderer Gewerkschaften, in erster Linie solche in anderen Reihen, nach Weingutbesitzern, zum Durchdringen zu bringen. Hinter den Bädermeistern steht die Gesamtgewerkschaft der Gewerkschaften Deutschlands, die vor nicht langer Zeit an die gesammelten Gewerkschaften Deutschlands einen

Rechts zur Beihilfe für die Erhaltung und Werte Durchsetzung
des Magistratswesens im Reichsgesetz erlassen hat. Diese
Vorstellung wird auf die zum Schutze gesetzliche Verschwendungen eines
Bestandes der Wehrkraft und Vermögensverlusten geprägt.
Die Aufhebung der Dienstgründverordnung würde
nichts mit einem gewissen ~~Wiederherstellungsmaßnahmen~~ beauf-
tragt werden, der bestimmt von der gesamten sozial-
politischen Arbeitsschaft mit denselben Eifer flaujell unterrich-
tet würde, wie jetzt der samburzer Sozialarbeitsaufstand.

* Der Bäderarzt Dr. Gehrlich-Berlin hatte eine Mutter, im Berliner Poliklinikgebäude, über welche er folgendes berichtet:

(Die Schriftführer werden erneut, sowohl die
Schriften als auch auf einer Seite zu befinden.)

Werden. Am 8. Dezember 1896 hielt die ~~Ge~~
Siedlern ihre regelmäßige Versammlung ab. Nach
der regelmäßigen Konzessionsgeschäfte diskutierte man in
Verschmelzung der Verbände". Die Diskussion, die
lange dauerte, bewegte sich ganz entschieden gegen
Fusion. Man war sich einig, daß man mit dieser F-
usion noch warten müsse, da die jetzige Zeit nicht die
sei. Auch ~~noch~~ war sich gegen die Verschmelzung
obgleich dieselbe von verschiedenen Rednern befürwortet.
In einer Resolution erklärte man sich einstimmig
Verschmelzung der Verbände, sowie auch der Zeitung
leitete keine bedeutenden finanziellen Schwierigkeiten mit
Sie weiterer Antrag an die Generalversammlung, wel-
chimig angenommen wurde, hinsichtlich darin, im Fach
Versammlungskalender einzurichten, in welchem die
schaften ihre Versammlungsankündigungen unentgeltlich befan-
dinen. Nachdem nun einige Vereinsangliegenheiten
waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Baust-Wilhelmshaven. Unsere letzte Mitgliederversammlung tagte am Sonntag, den 6. Dezember, bei der Tagesordnung lantete: 1. Regelmäßige Konstituierungsversammlung verordnung. 3. Kärttelbericht. 4. Wahl der Delegirten. 5. Der Hamburger Streik. 6. Verschiedene Versammlungen auf die Werne gebracht, aber uns keine ungefährten, denn sie wissen, daß wir für Unterreden zu haben sind. Dem Kartellbericht erachteten Eilers und Blinder zum Hamburger Hafenarbeiteraufstand ergriessen

Thomson das Wort und erinnerten die Kollegen, nach besten Kräften zu gehorchen, denn wenn die Bäderordnung falle, was nicht ausgeschlossen sei, so legten die Kollegen in Homburg, Berlin usw. vorausichtlich die Arbeit nieder und wie schon dann gleichfalls auf die Solidarität unserer Brüder angewiesen. An genommen wurden zwei neue Mitglieder. (Nebenbemerkung des Schriftführers: Mit den Umstädtern aus der Innungsgruppe haben auch wir uns täglich herumgeschlagen. Die Polizei nimmt von uns keine Anklagen entgegen, wenn wir nicht selbst in der betreffenden Bäderei arbeiten. Eine Weisung welche beim Landrat bis dato noch keinen Erfolg. Vor einer Umfrage kann überhaupt bei uns keine Rede sein, weil die Verordnung noch kaum eingeführt ist und wir also noch keine Resultate aufzuweisen haben.)

Hörst 1. S. Am Dienstag, den 29. Dezember v. J., fand im Saale des Gashofes „Zum deutschen Reich“, hier selbst, eine Bäderarbeiterversammlung statt und waren die Kollegen durch Birkner h. r. g. eingeladen. Der Besuch dieser Versammlung seitens der Kollegen war ein guter und waren auch durch Einladung drei Kollegen der Bohlstelle Kottbus anwesend. Die Versammlung wurde um 4 Uhr durch Kollegen Wölk eröffnet, und zwar leitete die Tagesordnung: 1. Gründung einer Bohlstelle des Verbandes deutscher Bäder. 2. Der Maximalarbeitsstag. 3. Die Beurlingsmöglichkeit am heutigen Orte. Nachdem das Bureau gewählt war, erhielt der Vorsitzende Bäder-Kottbus dem Referenten Schuhmann das Wort zur Tagesordnung. Derselbe führte nun den Kollegen den Zweck und Nutzen des Verbandes vor Augen, gleichzeitig auf die Vortheile hinweisend, welche vertheile kleinen Mitgliedern bietet. Er wies noch, daß nur durch unermüdliche Agitation seitens der schon früher organisierten Kollegen der Maximalarbeitsstag im Bädergewerbe geistig eingeführt sei und daß es nun unsere erste und heiligste Pflicht sei, daraus zu schließen, daß derselbe und nicht wieder durch die Maximalordnung der Innungen entzogen werde. Ferner erwähnte derselbe der großen Belehrungsgefechte am heutigen Orte und gesellte sich das Wesen des heutigen Innungsgesetzgerichts, indem dort selten mal ein Kollege zu seinem Meiste kommt, sondern meistens schlechtmäßig abgewiesen wird. Die Kollegen aufrorrend, sich zu organisieren, damit auch hier eine Bohlstelle unseres Verbandes erscheinen möge, schloß Redner seinen Beitrag mit Besatz aufgenommener Worten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im Gashof „Zum deutschen Reich“ tagende Bäderarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht, dem Verbande beizutreten. Sie verpflichtet sich, streng daran zu achten, daß die Landesräthliche Verordnung des Maximalarbeitsstages, wie auch die Bestimmungen über die Sonntagsruhe hier in Kraftinne gehalten werden.“ In der darauf folgenden Diskussion wurde das Verhalten der Bädermeister Jancke, Seiffert, Scheppan und Pottag ihren Arbeitern gegenüber einer scharfen Kritik unterworfen. Es ließen sich 22 Kollegen einschreiben. Hierauf wurde zur Wahl des Vorstandes getreten und Kollege Huber zum ersten Vorsitzenden einstimmig gewählt. Nachdem beschlossen war, die nächste Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 14. Januar, abzuhalten, wurde die Versammlung um 6 Uhr geschlossen. Nun, Kollegen, erscheint alle, Mann für Mann, in der nächsten Versammlung die wieder bei Herrn Wölk, Gashof „Zum deutschen Reich“, stattfindet, denn da noch Wichtiges zu besprechen ist, so ist es Pflicht jedes Einzelnen, zugegen zu sein. Fordert jeden auf, der noch nicht dem Verbande angehört, einzutreten in unsere Reihen, denn „Verelzelt sind wir Nichts, geschlossen Alles.“

Gera. Am 31. Dezember 1896 fand hier die alljährliche Generalversammlung statt, in der die Mitglieder beinahe vollständig erledigten waren. Zu Punkt 1 der Tagesordnung giebt der Vorsitzende Kohl einen ausführlichen Bericht über das verflossene Geschäftsjahr; es haben nach denselben stattgefunden 13 Mitgliederversammlungen und zwei öffentliche, in welchen der Vorsitzende Altmann und Heger Leipzig referierten. Auch fand eine vom Kantell eingerufene Gewerkschaftsversammlung statt, die sich mit den künftigen Bühnden in den bishörigen Bäderen beschäftigte, und hatte dieselbe den Erfolg, daß so manchem Nebenberthaltsweise ergiebt sich folgendes Resultat: Gesamtsumme A 189,80, Ausgabe A 157,95, so daß am Ende des Jahres ein Verlust von A 30,84 in der Tasche verbleibt. In die Hauptrache wurden gesandt A 88,90. Zu Punkt 2 der Tagesordnung, die Verschmelzungfrage betreffend, erläutert Kohl in ausführlicher Weise die Vorteile derselben; es entpann sich eine lebhafte Debatte, die mit nachfolgender Resolution endete: „Die Mitgliedschaft Gera erklärte sich prinzipiell mit der vom Hauptvorstand geplanten Verschmelzung einverstanden und fügt sich den auf der nächsten Generalversammlung zu fassenden Beschlüssen in dieser Frage.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Bei der Neuwahl des Schamtvorstandes wurden gewählt: Kohl als erster Vorsitzender, Vogt als Stellvertreter, Engels als Kassier, Matzki als Schriftführer und Reinh und Kohne als Beisitzer. Hierauf erhielt Kohl noch den Bericht vom Kortell und werden Kortell und Matzki für nächsten Jahr als Beisitzer in dasselbe gewählt. Der Vorsitzende erwähnt hierauf in einer fernigen Ansprache, daß im nächsten Jahre neu und tren zur Nähe unserer Organisation zu halten, und schließt mit einem Hoch auf die Vereinigung unserer Brüderkollegen die Versammlung.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 30. Dezember bei Bielke. Eiligste B. Bielke eröffnet über „Das Verhalten des Herbergswirtes G. Reumann“. Es sei erwiesene Thatsache, daß der Herr, trotzdem er nur von den Kollegen der Arbeit lebt und diesen seine Existenz verdankt, arbeitslose Kollegen veranlaßt hat, Streikbrecherdienste am Hafen zu leisten. Natürlich sucht er, wie man aus alter Erfahrung weiß, dieses abzutun. Da die Geschichte diesmal in's Großartige geht, so hat man es hier sicher mit einem wohlüberlegten Plan zu thun. Durch die Beherbergung der Streikbrecher auf der Herberge sollen sich auch schon die berühmten Reichsfässer aus den Streikbrecherhotels im Hafen im „Hamburger Gesellenheim“ unliebsam bemerklich gemacht haben. Unbegreiflich muß es erscheinen, daß die Hamburger Behörde sich so bitterwenig darum quält. Seitens der Alteneltern muß daraus gedrungen werden, daß diesem Herbergsvorstand das Handwerk gelegt wird. S. Thiel gründet ebenfalls das Kreislauf des G. Reumann. Trotzdem es demselben kaum unbekannt sein kann, daß immer noch einige Subjekte Kollegen durch Hazardspiel den Arbeitslohn abnehmen, trotzdem durch den Herbergssanschluß geeignete Maßnahmen hiergegen geschaffen worden sind, gelingt nicht in dieser Hinsicht. Kretschmer empfiehlt, einen Schuhmann in der Herberge zu stationieren, zumal diese doch am Hafen im Ueberflug vorhanden sind. Neben den Streik der Hafenarbeiter und Seeküste berichtet Kretschmer. Er empfiehlt allen in Arbeit stehenden Kollegen, mindestens

wöchentlich A 2 für die Auskünfte zu opfern. Diesem Vorschlag wird zugestimmt. Zur Verschmelzung der Bäder-, Konditorei- und Müllerarbeiter zum Nahrungsmittelindustriearbeiter-Verband spricht G. Schnell in längeren Ausführungen. Er empfiehlt eine Resolution, welche die Verschmelzung für einen Fortschritt anerkennt, aber wünscht, daß der Vorort des Verbandes an einem Orte mit starker Mitgliedschaft bleibt, damit die Hauptverwaltung hierzu einen Rückhalt hat, der die Garantie für gesunde Fortentwicklung des Verbandes bietet. Nachdem L. Billekamp, Gottheimer und O. Altmann des Weiteren auf dieses Thema eingegangen, wird ein Antrag Altmann angenommen, der die Verschmelzung im Prinzip, ebenso eine Erhöhung der Beiträge gefordert, aber sich eine definitive Stellungnahme für später vorbehält. Anlässlich unserer Bewegung für kost und Logis außer dem Hause wird einstimmig beschlossen, eine obligatorische Exkommunikation von monatlich 50 Pf. einzuzahlen. Mit der Erhebung derselben soll nach Beendigung des Faschingsfestes begonnen werden. Zum Sitzungsende steht der Vorsitzende mit, daß dasselbe am 25. Februar bei Eltige abgehalten wird. Karten werden demnächst ausgegeben. Mithinwollende mögen sich bei dem Festkomitee melden. — NB. Über die Tretungen des Maximalarbeitsstages und andere Meldungen sind an G. Schnell, Schoneburgerstrasse 12, zu richten.

Mainz. Am 27. November tagte hier im „Reichsbüro“ die gewöhnliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Abrechnung vom Monat Oktober. 3. Bericht vom Gewerbe-Inspektor. 4. Wahl eines Stellvertretenden Vorsitzenden. 5. Wahl einer Kommission für die kombinierte Versammlung der Innung. Der Schriftführer verlas das Protokoll der letzten Sitzung, ebenso der Kassier die Abrechnung vom Monat Oktober, woraus dem Vorstande einstimmig die Beurtheil ertheilt wurde. Hierauf erhieltte Kollege Neuß Bericht vom Gewerbe-Inspektor. Redner führte an, daß nach beendigter zwölftägiger Arbeitszeit die Meister das Recht haben, den Gefellen noch drei Stunden Gelegenheitsarbeit verrichten zu lassen. Darauf nahm Kollege Edert das Wort und betont, daß dies mit den Bestimmungen, die in den Bäderen anhängen, nicht übereinstimmen, denn dadurch würden wir unsre ununterbrochene achtstündige Ruhezeit verlieren. Kollege Edert betonte weiter, daß es jedes Kolleges Pflicht sei, sich zu organisieren, um sich dann in geschlossenen Reihen ein menschewürdiges Dasein zu schaffen. Was uns die Regierung bietet, sei nicht von Belang. Sie hat uns die verhüllte Hand gereicht, die Hand zurückgezogen und uns den leeren Handschuh gelassen. Als Stellvertretender Vorsitzender wurde Kollege Rittner gewählt. Die Kollegen Birsch, Frisch, Herberg, Blitz, Rittner, Beldinger, Götz wurden für die kombinierte Sitzung mit dem Innungsausschluß gewählt.

Gesegnet.

München, im Januar 1897.

Wenn ein Kollege in den letzten drei bis vier Monaten die Zeitung, sowie im Allgemeinen die Arbeitertypse, verfolgt hat, dann wird er im Stillen sich den Jubelausdruck vom 1. Juli noch in's Gedächtnis rufen und sagen: „Wo war die große Messe der deutschen Bädergehilfen zu dieser Zeit?“ Alle Anerkennung ist während dieser Zeit dem organisierten Häuslein deutscher Bädergehilfen zu zuschreiben. Diese haben allerdings knappig gekämpft gegen die verwerflichsten Lügen unsrer Innungsgenossen à la König (Berlin), Widmann (München), und wie sie alle heißen mögen. Besonders aber verdient die Anregung betrifft der Verschmelzung der Nahrungsmittelbranchen große Anerkennung, indem die Verschmelzung gerade zu einer Zeit gekommen ist, wo die Kraft der Organisationen voll und ganz für die Erhaltung des Maximalarbeitsstages in Anspruch genommen ist. Da sich schon verschiedene Kollegen, teils gänzlich, teils geäußert haben, so möchte ich auch noch einige Worte darüber verlieren. Da nun der Anfang eines Unternehmens gemacht ist, welches den nützlichen Zweck hat, die Gesamtheit der deutschen Nahrungsmittelindustriearbeiter zu einem geschlossenen, starken Körper zu vereinigen, um durch diese Organisation unsre Interessen besser als bis jetzt vertreten zu können, denn nur durch eine solche Organisation, welche lebensfähig und stark genug ist, können wir das Errungene beibehalten und Weiteres erringen — aus diesem Grunde allein schon erscheint der Zusammenschluß als gerechtfertigt. Aber auch noch einen Punkt möchte ich erwähnen. Gerade wie das Großkapital und die Großindustrie das Kleinhandwerk aussaugen, weil ersteres mehr leisten kann als letzteres, gerade so muß es auch mit den Organisationen werden. Zum Beispiel dürfen wir nur den Holz-, den Metall- und den Buchdrucker-Verband betrachten, was können diese ihren Mitgliedern an Unterstützung leisten? Da gibt es keine Buchdruckerei wegen Arbeitslosigkeit, wie dies bei unserem Handwerk noch der Fall ist. Durch dieses würde aber auch der bestehende Nationalhaß und die Gleichgültigkeit der unterdrückten Bäderarbeiter von der Bildfläche verschwinden. Was dann weiter die Erhöhung der Beiträge betrifft, so möchte ich davor warnen, sondern es müßte erst die Verschmelzung verwirklicht werden, um dann sich erst über die Auslastbarkeit zu beraten. Daraum gratuliere ich allen Mitgliedern zu einem erfolgreichen Selingen dieser großen Sache, und erfülle zugleich, im neuen Jahre neu gefärbt fortzuarbeiten wie bis jetzt. Auch wir Münchener werden dann bald einen Schritt vorwärts machen und dem deutschen Nahrungsmittelverband beitreten.

Allen Kämpfern unserer Sache ein herzliches Prost! **P. Schäfer.**

Ernst-Schön.

In der vorigen Nummer der „Bäder-Zeitung“ schreibt unser Kollege Altmann in seinem Aufsatz unter Anderem folgendes: „Während da die eine (Organisation) immer das wohlhabende Bestreben zeigt, recht viel bei Streits arbeitender Arbeiter zu bewilligen, aber dabei vergift, daß manch's von diesem Gelde in der eigenen Organisation nötiger wäre, verwendet eine andere das überflüssige Geld dazu, sich ein eigenes Blatt zu halten, was wieder in anderen Bäderen Unwillen erzeugt hat.“

Hierzu bemerk ich, daß das von der Mitgliedschaft Berlin herausgegebene Blatt bisher keinerlei Gnaden von Verbandsstellen gebraucht hat, im Gegenteil sind noch Gelder an die dichte Verbandsstätte abgeführt worden, da die Einnahmen von Annonen die Druckkosten überstiegen haben. Wie es nun in anderen Mitgliedschaften Unwillen erzeugt kann, das wir dieses Blatt herausgegeben haben, verstehe ich nicht. Wohl in keiner Stadt haben die Kollegen so ein schwieriges Arbeiten wie gerade in Berlin. Misstrauen und wieder Misstrauen ist in früheren Jahren systematisch unter den Kollegen gesetzt worden, das Misstrauen zur Organisation war geschwunden, und wenn auch heute noch die Organisation in gar keinem Verhältnis zu der Gemeinschaft der Berliner Gelehrten steht, so sind doch Fortschritte

zu vergleichen. Diese Fortschritte hätte selbstverständlich viel bessere gewesen, hätten nicht die Streitigkeiten um die Organisationsform schädigend gewirkt. Es galt hier nun einmal gewisse Agitation für die Organisation zu erhalten, um die große Waffe zu gewinnen. Zu diesem Zweck wurde das Blatt „Der Bäder“, als Gras für unsere fröhlichen Flugschriften, Verlautungs- und Vergnügungsblätter usw. genommen. Es ist sehr begehrt und ist eine gute Waffe geworden, und so ist es beiläufig garnicht. Der Inhalt des Blattes trägt zweitens der lokalen Bewegung Rechnung, auch tut dieses Blatt anderen Verbandsorganisationen in seiner Weise Abbruch. Wie kann dann dieses in einigen Mitgliedschaften Unwillen erzeugen? — Nehmen wir doch neben den Interessen der Allgemeinheit nur die Interessen des Verbandes wahr!!! Ich glaube mit dieser Erklärung ist wohl die Sache erledigt.

Zum Abschluß hieran bemerke ich noch, daß das Blatt monatlich einmal in etwas größerem Format wie unsere Verbandszeitung in einer Auflage von 2000 Exemplaren erscheint, die zur Gratisschließung in allen Berliner Bäderen gelangen. Die Januar-Ramme ist besonders sorgfältig ausgearbeitet; sie enthält unter Anderem das Resultat der statistischen Erhebung über Berliner Arbeitsverhältnisse, des Weiteren einen ausführlichen Jahresbericht über die Tätigkeit der Mitgliedschaft Berlin. Diese Ramme erscheint in einer großen Massenausgabe mit einer Beilage, und darf sich dieelbe für alle Städte zur Agitation eignen. Kollegen, welche diese Ramme in Hunderten von Exemplaren beziehen wollen, mögen umgehend ihre Bestellung an uns gelangen lassen. 100 Exemplare werden sich auf A 1,50 bis A 2 stellen; größere Bestellungen noch billiger.

Mit brüderlichem Gruß

Paul Sandhoff, Berlin, Klosterstr. 101.

Bertrand und Genossenschaften!

Da wir zur Generalversammlung uns rüsten und über die Verschmelzung der drei Verbande diskutieren, so muß sich die Freude antworten, wie wir uns zu den Genossenschaften Bäderen seien. Da es bekannte Thatsache ist, daß diese Bäderen Bäderankünften kein sollen, so sage ich, sie sind es nicht, denn ersieht: die Kollegen dieser Bäderen müssen vor zuvielen Arzt, betrifft der Agitation, und der Versammlungsbuchhaltung, und da die Einigkeit auch nicht sonderlich groß ist, so werde ich einen mir bekannten Fall vorführen: Die Bäderer Genossenschaft-Bäder, die bestehen über A 60 000 Mitgliedern bestellt und 1893/94 die große Dividende an ihre Mitglieder verteilt hat, ist nicht im Stande, ihrer Kollegen einen Mindestlohn von A 24 zu gewähren; bei einer Arbeitszeit von 12—14, ja nachgewiesenermaßen 18 Stunden zahlt sie den hohen Lohn von A 22. Bei Einführung des Maximalarbeitsstages mußte sich ein Kollege gefallen lassen, auf die Straße gestellt zu werden, weil die Arbeit nicht eine längere als 12 Stunden war, und seinesfalls sich beschwerte. Da solche Bäderneure nicht abgeschafft werden können, muss die Betriebsarbeiter mehr Energie zeigen und den Vorsitzenden Bädergehilfen in einer öffentlichen Versammlung an die Bevölkerung stellen, so sagt es Steiner, müssen aufzutreten, um nicht verabschieden zu werden, aber unter Delegaten und dazu dazu Stellung nehmen, um solchen Bedingungen keinen Gehalt zu verleihen.

Auch die Ausführungen der verschiedenen Kollegen und des Material dazu zeigen, daß die Sympathie eine gewisse ist als 1895, wo nur eine Stimme für die Verschmelzung vorhanden war. Der Kollege Steiner führt an, daß seine Kollegen fallen zu lassen. Es wird den Kollegen nicht erlaubt, daß 1894 verschiedene Bäderer obligatorische Einführung des „Bäderzeitung“ hatten, auch Anträge dagegen sind für Entfernung des Centralverbandes, doch die damaligen Bädergehilfen müssen sich sagen, je größer die verwandten Berufe zu einem ganzen Bunde gefügt werden, desto größer die Führung der einzelnen Mitglieder der in Frage kommenden Berufe untereinander, und desto leichter ist die Agitation.

Schlossen sind wir ein Staues, allein ein Staas!

Wilhelmburg.

Heinz Gottheimer.

Zeitung-Skandal.

„Jedermann sei unterthan der Obigkeit, die Gewalt über ihn hat.“ Dieser Bibelvers, wird von den Kämpfern für Religion, Sitts und Ordnung hier für ihre Menschenrechte kämpfenden Arbeitern bei jeder passenden, noch nicht aber bei ungeeigneter Gelegenheit oft vorgelesen; handelt sich's aber um Ausdrücke der „Obigkeit“, welche den wahren Kampf für Religion, Sitts und Ordnung nicht lassen, so pfeifen sie auf die „Obigkeit“, die Gewalt über sie hat.“ Bei einer zweiten Bibelverse ist Religion, Sitts und Ordnung pfeilen sich ja gewöhnlich die Herren Samungsmänner in ersten Rängen an, und unter den Samungsmännern ist der bekannte Herr Bismarck, der es gewollt Abel nehmen würde, wenn man ihn nicht zu diesen Stühlen der Sittlichkeit setzen will. Bismarck hört es mit seiner Samungsmannschaft, die Obigkeit, die Gewalt über ihn hat. Das ist die einzige diejenige Obigkeit im Deutschen Reich, die zur Bundesratsherrschaft, im März vorher Jahr eine Verordnung zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeitler in den Samungsmann erlassen. Der wadere Samungsmann Bismarck, daß die Verordnung ebenso wenig paßt, wie keinen für Religion, Sitts und Ordnung kämpfenden Kollegen „pflicht“ auf diese Verordnung der Obigkeit, die Gewalt über ihn hat, und übertritt die Verordnung der Obigkeit, die Gewalt über ihn hat, und übertritt die Verordnung nicht etwa jahrläufig, wie er es selbst zugeht, sondern vorzeitig, und zwar, weil er es kann, den Sinn und Geist der Gewerbeordnung viel besser verstanden zu haben, als die Obigkeit, welche nicht nur Gewalt über ihn hat, sondern auch — wie es in dem angegebenen Bibelvers mehr heißt — „von Gott verordnet“ ist und, wie bekannt: wenn Gott gibt ein Amt dem giebt er auch Verwandt“, welche Sprachlos den freien Bädermeistern auch nicht bekannt zu sein. Er erhält dann einen auf eine Geldstrafe lautender Strafbefehl, wegen einer gerichtlichen Entscheidung beansprucht. Das Gerichtsgericht ist, entgegen der Aussicht des Herrn B. und seines Verleibigen, des antisemitischen Reichstagsabgeordneten Dr. Biehoven, die Verordnung des Bundesrates für zu Recht beschieden und setzt ihm zu einer Geldstrafe von A 20, ebenso entscheidender Strafengeldstrafe. Damit noch lange nicht zufrieden, legt B. durch Dr. Biehoven Berufung ein, insgesetzen die Sache deutet auch das Landgericht beschäftigt, freilich, wie der Präsident gleich Eingangs bemerkte, nur formal, denn diese Instanz möge entscheiden wie sie wolle, auf jeden Fall wird die Sache erk vom Oberlandesgericht endgültig entschieden werden, da die Herren Bädermeister beschlossen haben, die Entscheidung des höchsten Justiz am Ende zu beobachten. Würde nur das Land

Lehrreiche Zahlen.

Die alte Phrase, daß die Großindustrie das Kleingewerbe vollständig aufgegessen habe, ist bedauerlich schon hunderte Male widerlegt worden, wird aber trotzdem immer wieder bespöttelt. So lassen wir in einer Korrespondenz, die vor einiger Zeit durch die bürgerliche Presse ging, und zur zweiten und einfachen Widerlegung der „alten Phrase“ noch eine Anzahl Zahlen aus dem Ergebnis der Volkszählung von 1890 für die Stadt Berlin mitgetheilt.

Rum berechnen wir von vorne zehn für die Verfasser jener gesellschaftsrettenden „Zahl um 1890“ die Zahlen. Die Großindustrie des Kleingewerbe aufgegessen habe, haben wir noch niemals behauptet, aber der Blick über die Straße beweist ja, daß nur eine geringe Menge von Kleingewerbetreibenden vorhanden ist. Es gibt nämlich Berufen, namentlich distributiven, wie im Handel, im Gewerbe und der Schankwirtschaft, in bedenklichem Maße vorhanden. Wenn aber der Mann sich die Mühe genommen hat, die alte Phrase nach ihrem wahren Sinn und Wortlaut zu prüfen, so hätte er sich die Widerlegung vielleicht nicht so leicht gemacht. Er hätte dann wohl gehört, daß die wirtschaftliche Bedeutung des Kleingewerbes in nahezu sämtlichen maschinenbenden Gewerben durch die technische und wirtschaftliche Überlegenheit des kapitalistischen Großbetriebs, wie sie sich aus der Leistungsfähigkeit der Kraft- und Werkzeugmaschinen, in der Arbeitsteilung, in der Herrschaft des Marktes, den besseren Credit- und Arbeitsverhältnissen usw. usw. ergibt, immer stärker und zettungslos vernichtet werde, daß auch in nicht wenigen Betriebsweisen, wie Bergwerks- und Hüttenbetrieb, Brauerei, Weberei u. s. v., die Handwerk thatäglich bereits aufgegessen sei oder doch sicher aufgegessen werde. Dem aber widerspricht es in keiner Weise, daß noch in einzelnen Betriebsweisen, wie Gärtnerei oder in Luxusgewerben von geringerer Bedeutung oder persönlicher Dienstleistungen das Klein- und Mittelgewerbe sich erhält, manches sogar eine gewisse Blüthe erlebt — und noch weniger, daß viele, viele hunderttausende „selbstständiger Handwerker“ als Arbeiter, Kleinkrämer, die sich neben dem Verkauf geringwertiger Waren nun noch mit Reparaturen abgeben, und wesentlich als jämmerlich bedrückte und aufgebundene Hofschaftsteller und Heimarbeitgeber ihr Dasein fristen. Es kommt dabei in keiner Weise überraschen, daß die Bevölkerungszählung kaum Rückgang der Zahl der Gewerbetreibenden ergab. Daß man die Leistungsfähigkeit nach Kraftquellen und Maßzäck daran ermittelt, so hätte sich ein ganz anderes und weit deutlicheres Bild ergeben.

Was aber bestätigt jene „Überlegung“ der eigenhändig direkt gefertigten „alten Phrase“? Nun höre: Nach einer vom Statistischen Amt der Stadt Berlin erstellten der Volkszählung in 1890 gemachten Erhebung beschäftigten von den gezählten 147339 selbstständigen Gewerbetreibenden den drei Viertel (749,3%) überhaupt keine Arbeiter, so daß die Zahl der Arbeitgeber nur ein Viertel aller selbstständigen Gewerbetreibenden betrug. 193,9% beschäftigten einen bis fünf, 28,5 sechs bis zwölf, 23,7 elf bis fünfzig, 4,6 über fünfzig Arbeiter. Die höchste festgestellte Zahl waren 5000 in einer Spinnerei beschäftigte Arbeiter, von denen jedoch nur 2600 in der zugehörigen Berliner Ausfall tätig waren. ... Rege als neuer Zählteil bringt der Anteil der Selbstständigen bei den Schanktablagen, der Schankwirtschaft, dem Handels- und Vertriebsgewerbe, am niedrigsten liegen dagegen die Industrie der Metalle (897,6), der Her- und Bekleidungs (365,4), der Fahrzeuge- und Geschäftsmittel (351,2).

Die selbstständigen Gewerbetreibenden des weiblichen Geschlechts (367,8%) beschäftigen zu 17/18 überhaupt keine Arbeiter. Auf einen weiblichen Arbeitgeber fallen nur 4,4, auf einer männlichen 7,7 Arbeiter. Die oben angeführten Zahlen zeigen eine berechtigte Sprache; sie zeigen, daß das Kleingewerbe ihrer noch einen recht breiten Boden hat und von einem Aufgang durch die Großindustrie keine Rübe fein kann.

Ga, sie reden eine berechtigte Sprache, die Zahlen, und man möchte sich wünschen, daß die gekürzte breiterliche Tätigkeit in gefüllteren Händen läge. Also, weil das Kleingewerbe selbst in Berlin, das war eine Industriestadt ersten Ranges, ist, aber durchaus keine typische Heimat der Großindustrie wie Böhmen oder Sachsen, darum geschieht es, daß die große Masse der Gewerbetreibenden sich mehr im Stande ist, sich auch mit einem Gehilfen zu halten, vor zu hat das Kleingewerbe noch einen breiten Boden. Alle die Taugen mit Streichhölzern, die kleinen Verhüttungsagenten — vielleicht verfrüchte Kästleute oder feuerlose Handlungsgeschäfte — sollt die italienischen Karmelitensiebzehnter und Abteienmeister-Direktoren mit einem gequalten Darsteller (Kürbitz: Schornschlungen): sie alle müssen für den breiten Boden des Kleingewerbes Bereitnis ablegen; alle die Händler im Keller und die Hocken bestehen in der Pariser, weit ansässige Proletariat als ein sehr wichtiger Theil der Fabrikarbeiter oder Kaufmänner gehörten: — aber im Felde gegen die eine Partei von der Aufsicht — des Kleinbetriebes. Und zur bei den Gewerbetreibenden weiblichen Geschlechtern, die zu 17/18 ohne Gehilfen arbeiten, kennt sie nicht, wie sie mit kräftiger Hand den Spiegel schulen, oder den Hammer schmieden und den Stahl, mit der Schrotmühle zermürbend ausmachen — aber sie sind ebenso zum größten Theil Schneiderinnen, Blätterkästen, Gläserinnen und die zahllose Schneiderei im „Stern“ können keinen Arbeitnehmer der Kleinstindustrie, — denn entweder des legendären Erfolgs entzündet Elend steht weiterseitig Vorfahrt des häbigen Kleingewerbes die Augen überzeugen liege?

Schon ist die Zahl der 17/18 — wiederum von Gewerbetreibenden bedienten Arbeitern — mitgetheilt. Sie würde, zumal wenn sie genauer wäre durch die Auszählung der doch vorhandenen Hörerbeamte und die für die Umfrage, die ganz Sammelschärfigkeit der großen Städte, dieses Kleingewerbes erst in's rechte Licht setzen.

Und wieder dieser Berichtigung ist allerdings noch — nicht so schwer freilich, wie der andere die Zahlen jener Rötz den Zweck bestreiten läßt — wenn die „alte Phrase“ aufzugeben einheit. Hat doch die Bevölkerung vom 14. Juni 1885 im Gewerbe nur 100 im Hauptberuf Gewerbetreibenden nur noch 23,70 Selbstständige gefunden gegen 13743 im Jahre 1882 und 73,13 Arbeiter gegen 63,95 im Jahre 1882. Im Handels- und Vertriebsgewerbe aber fanden am 14. Juni 1885 35,73 Selbstständige (gegen 44,25 im 1882) und 11,11 Arbeiter (47,43). Es fanden also 1882 im Gewerbe 13743 Arbeitern, 1885 aber nur 2 Arbeiter auf einer Selbstständigkeit, 1885 aber — wobei noch das herauszuholen Jahrhundert scheint — 11,11 Arbeitern in die Städte der handelsmäßigen Arbeit. Durch Gelegenheitsarbeitsamt und fortgeschrittenen Organisationsgrad ist in Bezug gegeben werden mög. Nein, vor dem allgemeinen schablonenmäßigen Ausgang des Kleinstadts, es ist nur in einer bestimmten

Reihe von Gewerben die Rebe. Ihre Bedeutung aber, ihre wirtschaftliche Überlegenheit und die Vereinigung der Masse ihrer Inhaber vollzieht sich in einer Geschwindigkeit, die für denkende Anhänger des Bestehenden geradezu erforderlich sein muss. Aber täuschen sich mit billigen Verhüttungen über harte Thatsachen hinweg. Meiste ist nicht all zu unauftauchbar aus ihrem Schlummer erweckt werden! (Vorwärts.)

Zur Verschmelzung der Verbände.

Was kann ich für diesen Vorschlag nicht erwidern, und ganz mit Recht. Uns ist in keiner Weise hiermit geboten. Wir werden, wenn die Verschmelzung vorgenommen werden sollte, so wenig eine kampfsame Organisation haben, wie wir sie jetzt haben. Denn drei Russen geben immer noch keine Eins. Die energielosen Männer, die handelskollegialen Konditoren und die noch verschlafierten Männer geben kein Material für eine Kampfsorganisation, sondern der Schländerian wird nur noch mehr einzelnen und schließlich wird Alles begraben. Der ganze Brennpunkt in dieser Frage ist der: Unter Verbandsblatt hat bisher unser Vermögen vergeht durch die obligatorische Einflussnahme desselben, eine Thatsache, die ich schon im Anfang befürchtet, auch wiederholt ausgesprochen habe. Würde dies nicht der Fall gewesen sein, ich glaube sicher, der Verbandsvorstand würde nie mit dem Vorschlag geworfen sein, die Verbände resp. die Leistungen zu verschmelzen. Nun ist die Frage die: Wird, wenn die drei gedachten Verbände sich vereinigen, ein Kampfsfonds gesammelt werden können? Keines Crachts nicht. Zwei Vereine müssen bestellt werden, die Zeitung achtiglich erscheinen in größerem Format. Ja, glaubt denn der Hauptvorstand, daß wir dann finanziell besser, daß unsere Organisation kampfschärfiger sein wird? Rimmermeier! Wir haben nun einmal mit der leidigen Thatsache zu rechnen, daß, so lange sich das Bäckerhandwerk in den Händen des Kleinbetriebes befindet, wir nicht eine solche Kampfsorganisation haben werden, wie wir wünschen. Und hierum dreht sich Alles. Hier liegt der wunde Punkt. Ich will für heute nicht detaillierter auf das von mir angeführte eingehen, komme vielmehr später noch detailliert zurück. Meine Meinung geht dahin: Erwachsen dem Verband durch Verschmelzung der Blätter bedeutende Minderung abzugeben, so verhindern wir es hiermit. Ist dieses nicht der Fall, so arbeiten wir so weiter wie bisher. Von einer bestellten Person kann dann allerdings nicht die Rede sein, sondern die Arbeiten müssen dann so verteilt werden, daß nicht eine Person allein sehr überlastet ist. Verbandsvorstehender und Redakteur ist zu trennen. Des Weiteren läuft sich auch über die Ausführung der obligatorischen Glasführung der Zeitung reden.

Paul Sandhoff.

Gewerbstümlich.

* Die Bundesratsverordnung, bei den Regierungstag im Bäckergewerbe, wird gleich beim Wiederaufzetteln des Reichstages beim Stat der Reichsamt des Innern, welcher überhaupt diesmal zu wichtigen und umfassenden sozialpolitischen Debatten in ganz besonderem Maße Anlaß geben wird, zur Sprache kommen. Am Schlus der letzten Sitzung der den Reichstagssitzes hat bekanntlich der auszumüttende Regierungssitz Bäckermann aus Sonnenberg angekündigt, daß er bei diesem Stat eine entsprechende Anfrage stellen und zugleich den Antrag der Konservativen auf Aufhebung der bürgerlichen Verordnung einzuführen werde. Die Herren Antisemiten werden also im Bunde mit den Jägern und den Manchetteiblättern ein Stück echt demagogischer „Mittelpunkt“-Politik ausspielen. Die Sache der Arbeiter wird dabei seitens der sozialdemokratischen Abgeordneten kräftigste Vertheidigung erfahren. In einer Berliner Korrespondenz für Zeitungsbücher heißt es zu der Angelegenheit:

„Man wird bei dieser Gelegenheit wohl erfahren, welche Ergebnisse die vom Bundesrat veranlaßten Erhebungen über die Wirkungen des Regierungstagessitzes gezeigt haben. Ein Theil der hiesigen Bäckermeister behauptet, daß sie nicht eigentlich möglich bleibten würden, falls die Bundesratsverordnung nicht bald aufgehoben werde; die Bäckermeister wieder erklären in ihren Versammlungen, daß der zwölftägige Regierungstag bei etwigermaßen gutem Willen der Meister leicht durchgeführt werden könnte. Zur Zeit wird unter den organisierten Bäckerarbeitern ein allgemeiner Anlauf vorbereitet für den Fall, daß die Bestimmungen über den Regierungstag eine Einschränkung erlaubt sollten. Die Agitation geht jetzt insbesondere dahin, möglichst große Anhände anderer Gewerkschaften, in erster Linie solche in anderen Fahrzeug- und Geschäftsmittelbranchen, zum Zurückspulen zu bringen. Hinten den Bäckergebißten steht die Generalversammlung der Gewerkschaften Deutschlands, die vor nicht langer Zeit an die gesammelten Gewerkschaften Deutschlands einen Antrag zur Teilnahme für die Schaltung und kritische Durchführung des Regierungstages im Bäckergewerbe erlassen hat. Große Hoffnung wird auf die zum Frühjahr geplante Gründung eines Verbandes der Bäckerei- und Geschäftsmittelbranchen gelegt. Eine Einführung der Gewerkschaftsordnung würde zweifellos mit einem großen Bäckergebißtauschstand bestreikt werden, der vermutlich von der gesammten sozialpolitischen Arbeiterschaft mit denselben Güter finanziell unterstützt werden würde, wie jetzt der Hamburgsche Arbeitervereinsraum.“

Mit dieser Bemerkung geht die Korrespondenz nicht schlüssig, zumal es sich da um einen Streit handelt, der nicht nur einen ökonomischen, sondern auch einen recht bedeutenden politischen Charakter hätte, indem er sich gegen die Reichsregierung richtet, so dieß schwach und infolge genug wäre, ber Sonderinteressenwirtschaft des Unternehmenswerts auseinander.

* Der Bäckermeister H. Schleicher-Berlin hatte eine Audienz im Berliner Polizeipräsidium, über welche er folgendes berichtet:

Der erste Herr, den ich antraf, war der Herr Regierung- und Gewerbe-Rath Dr. Sprenger. Mit diesem Herrn hatte ich zuvor noch ein paar andere Sachen zu erledigen. Der Herr Gewerberath hatte nämlich bei seiner letzten Audienz behauptet, daß Gewerbe wäre eines der ungehobelten Sachen, und hatte uns die beständige Wille aus der bekannten Gesetzesrichter Arbeit vorgetragen, wo die Erkrankungszeit auf 84,6 prozent angegeben waren. Durch statistische Zahlen aus den Büchern unserer Ortsausschüsse konnte ich dem Herrn den Beweis liefern. Zog es nicht 84,6, sondern 34,1 Prozent in Wirklichkeit sind. Sodann hatte uns Herr Dr. Sprenger aus unsre Frage, ob das Halbjahr zum Regierungstag gehört, geantwortet, daßselbe gehöre zu den gelegentlichen Dienstleistungen. Nun hatte aber der Polizeipräsidium von Potsdam es vor Letztem entschieden, es gehöre

unter die Vorrichten des Regierungstages. Daher den Herrn Gewerberath auch hierüber um Rat. Derselbe erklärte: wenn das Haushalte nicht oft gehöre es zu den gelegentlichen Dienstleistungen, fände es später vor, dann falle es unter die Bestimmungen des Regierungstages. (Was sagst du unter Herrn Werte?)

Mittelweise war auch der Herr Regierungsrath erschienen. Da, meine erste Frage: Wer ist aus Durc berechtigt? hatten wir schon bei der ersten Sitzung der bestimmt: Nur der Meister oder ein Beauftragter? Auf Frage 2: Wie lange kann ich die Leute mit Dienstleistungen belästigen? wurde mit folgende beantwortet: Wenn ich um 11 Uhr fertig bin, bis Nachmittags 5 Uhr vier Stunden, eventuell auch noch länger; ich muß andere Schicht um so viel länger hinsetzen, daß beiden Schichten eine ununterbrochene Ruhezeit von einer bleibt. Zu gelegentlichen Dienstleistungen sind folgende zu rechnen: Robben oder Holz abladen, Radl abtragen auszutüllen, Säcke auszuladen usw.; auch das Waschen zu den Kunden, wenn es nicht regelmäßig alle Tage dürfe hierzu gerechnet werden.

Nun kamen wir zu der Frage: Bin ich berechtigt, am Sonntag Morgen nach 8 Uhr mit Arbeiten, wie z. B. antragen, Backstube aussägen und Bleche putzen, zu beginnen?

— Der § 105 o Absatz 3 und 4 der Gewerbeordnung bekanntlich folgendermaßen:

Die Bestimmungen des § 105 b (bereits der Sitzung) finden keine Anwendung auf die Bewachung Betriebsanlage, auf Arbeiten zur Reinigung und Pflege, durch welche der regelmäßige Betrieb beobachtet oder eines fremden Betriebes verhindert ist, sowie auf von welchen die Wiederaufnahme des vollen Betriebs abhängig ist, sofern nicht diese Arbeiten an vorgenommene werden; auf Arbeiten, welche die Ausübung des Berberbens von Stoffen oder das von Arbeitszeugen erfordert sind, sofern die Arbeitszeugen vorgenommen werden können.

Diese Fragen wurden von den Herren Regierungsrath nicht gleich mit entschieden, er beantwortete: es bei einer längeren Auslandserkundung. Der Herr Dr. Sprenger war überhaupt sehr schwer davon zu überzeugen, daß dieser Paragraph auf uns Bäcker anzuwenden sei, meinte, unsere Leute arbeiteten ja doch schon länger Stunden. Auf meine Einwendung: das Mehl am Tage könnte jetzt nicht erst am Abend angekauft werden, es dann zu salzen wäre und das Gelingen der Frage stelle, erwiederte der Herr Gewerberath: Das wäre wohl schon am Sonnabend geschehen. Ich erwiderte, daß wir die Meuten, in welche das Mehl geschüttet wird, der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gebrauchen, ebenfalls, auch könnte die Backstube nicht eher ausgefüllt werden, wie nicht mit z. Arbeit fertig wären. Ich erwähnte die Antwort des Herrn Geheimen Oberregierungsrath Dr. an unseren Obermeister Bernhard auf seine Frage: ja, aber das Mehl noch um 8 Uhr im Ofen steht und die sagten, wie diesen jetzt nicht länger arbeiten? Da sagten Dr. Wilhelm bestimmt: Nun, da haben Sie doch den der Gewerbeordnung! — Dies schien die beiden überzeugen; der Herr Regierungsrath Dr. erklärte, nach diesem Paragraphen würden wir sehr wohl dazu berechtigt sein, der Herr Gewerberath Dr. Sprenger neigte sich dieser zu, meinte aber, wie möchten Sie eine regelmäßige Gebrauch davon machen. Zum Abschluß riette ich der Frage an die Herren: ob ich mich eventuell vor Gericht soeben erhaltenen Auskünften berufen könnte? — erhielt eine Antwort: Niemals; die erhaltenen Antworten haben den Charakter „akademischer Auskunftsleistungen“. Dann noch kurz der bekannte Fall „König“ gestrichen; da die nahezu zwei Stunden währende Unterredung bestand.

Auf eine eingehende Besprechung müssen wir hinzich; müchten nur bemerken, daß nach diesen der Regierungsräte weiteren in den Mund gelegten Neukennung gleichlich alles, was es in der Bäckerei an Nebenarbeiten unter dem Begriff „Gelegentliche Dienstleistungen“ fand, was der Gelehrte keinesfalls gewollt hat.

* Den Schuhfuhrer-Arbeitstag haben die Kappengroßfabrikanten eingeführt und zu diesem Personal in drei Schichten eingeteilt. Die Bäckermeister sind 17 Gesellen und 1 Meister. Sie sind in dem Beispiel der sozialdemokratischen Gewerkschaftskontrolle Kopenhagen folgen. Es ist jetzt nur eine Frage der die anderen Bäckerzonen folgen werden. Die deutschen Meister mühten natürlich bei gleichem Vorgehen besonders ganz elendig verhungern, da sie heute schon wohlsündigen Regierungstag so gar wehrlösig

Versammlungen.

(Die Christuskirche werden erneut schwach gebraucht und auf einer Seite zu beschreiten)

Verdin. Am 6. Dezember 1890 hielt die Hamburger Gewerkschaft ihre regelmäßige Versammlung ab. Nach der regelmäßigen Monatsgesellschaft diskutierte man die Verschmelzung der Verbände. Die Delegationen, die lange darüber bewegte sich ganz entschieden gründlich.

Man war sich einig, daß man mit diesem Entschluß noch warten müsse, da die jewige Zeit nicht die sei. Auch wendete man sich gegen die Versammlung, obgleich die verschiedenen Rednern bestimmt. In einer Resolution erklärte man sich einstimmig die Verschmelzung der Verbände, sowie auch der Leitung leichte keine bedeutsamen finanziellen Erfordernisse mit zu Ein weiterer Antrag an die Generalversammlung, der bestimmt angenommen wurde, bestand darin, im Fach der Versammlungsförderer einzutreten, in welchem die Gewerkschaften ihre Versammlungsanträge unentgeltlich behandeln. Nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Bant-Wilhelshaven. Unsere letzte Mitgliederversammlung tagte am Sonntag, den 6. Dezember, bei der Zugesordnung lautete: 1. Regelmäßige Monatsgesellschaft. 2. Kontrollbericht. 3. Wahl der Delegierten. 4. Der Hamburger Streik. 5. Der Hamburger Streik. 6. Mitglieder. Die Buntversammlung hat auch die hiesigen Meister zu Versammlungen auf die Beine gebracht, aber uns Greif sie ungejagt, denn sie wissen, daß wir für Unterreden zu haben sind. Den Kontrollbericht erstaute Elster und Als Delegierte zum Kontrollbericht gewählt. Elster und zum Hamburger Hafenarbeiteraufstand ergriffen

Thomßen das Wort und erinnerten die Kollegen, nach besten Kräften zu zeichnen, denn wenn die Bäderverordnung falle, was nicht ausgeschlossen sei, so legten die Kollegen in Hamburg, Berlin usw. voraussichtlich die Arbeit nieder und wir seien dann gleichfaß auf die Solidarität unserer Arbeitsbrüder angewiesen. An genommen wurden zwei neue Mitglieder. (Reverberierung des Schriftführers: Mit den Umfragern aus der Innungsgruppe haben auch wir uns täglich herumgeschlagen. Die Polizei nimmt von uns keine Anklagen entgegen, wenn wir nicht selbst in der betreffenden Bäderei arbeiten. Eine Weichweide beim Lanbrath hätte bis dato noch keinen Erfolg. Von einer Umfrage kann überhaupt bei uns keine Rede sein, weil die Verordnung noch kaum eingeführt ist und wir also noch keine Resultate aufzuweisen haben.)

Abend d. 2. Am Dienstag, den 22. Dezember '9. J., fand
z. Saale des Gashofes „Zum deutschen Reich“, hier selbst, eine
Bädergelehrtenversammlung statt und waren die Kollegen durch
Birkner hierzu eingeladen. Der Besuch dieser Versammlung
seitens der Kollegen war ein guter und waren auch durch Ein-
ladung drei Kollegen des Bahnhofs Rotibüro entsendt. Die
Versammlung wurde um 4 Uhr durch Kollegen Wolff eröffnet,
und zwar lautete die Tagesordnung: 1. Gründung einer Bahn-
stelle des Verbandes deutscher Bäder. 2. Der Maximarbeits-
tag. 3. Die Lehrlingsgärtner am hiesigen Orte. Nachdem
das Bureau gewählt war, ertheilte der Vorsitzende Bobude-
Rotibüro dem Referenten Schuhmann das Wort zur Tages-
ordnung. Derselbe führte nun den Kollegen den Zweck und
Rugen des Verbandes vor Augen, gleichzeitig auf die Wirthschaft
hinweisend, welche derselbe seinen Mitgliedern bietet. Er wies
nach, daß nur durch unermüdliche Agitation seitens der schon
früher organisierten Kollegen der Maximarbeitsstag im Bäder-
gewerbe gezielt eingeschafft sei und daß es nun unsere erste
und heiligste Pflicht sei, darauf zu achten, daß derselbe uns
nicht wieder durch die Machinationen der Innungen entrissen
werde. Ferner erwähnte derselbe der großen Behörungsächterei
am hiesigen Orte und gehörte scharf daß Wesen des hiesigen
Innungsrathsgesetzes, indem dort selten mal ein Kollege zu
seinem Rechte kommt, sondern meistens lädenpflichtig abgewiesen
wird. Die Kollegen ruffordeten, sich zu organisiren, damit auch
hier eine Bahnstelle unseres Verbandes erstehen möge, schloß
Redner seinen allzeitig mit Erfolg ausgetretenen Vortrag.
Hölgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute
im Gashof „Zum deutschen Reich“ tagende Bädergelehrten-
versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten
einverstanden und verspricht, dem Verbande beizutreten. Sie
verpflichtet sich, streng darauf zu achten, daß die büraderath-
liche Verordnung des Maximarbeitsstages, wie auch die Be-
stimmungen über die Sonntagsruhe hier in Form innegehalten
werben.“ In der darauf folgenden Diskussion wurde das Ver-
halten der Bädermeister Janisse, Seiffert, Scheppan und Bottog-
hren Arbeitern gegenüber einer scharfen Kritik unterworfen.
Es liegen sich 22 Kollegen einschreiben. Hierauf wurde zur
Wahl des Verbandes geschritten und Kollege Haber zum ersten
Vorsitzenden einstimmig gewählt. Nachdem beschlossen war, die
höchste Bürgliederversammlung am Donnerstag, den 14. Januar,
abzuhalten, wurde die Versammlung um 6 Uhr geschlossen. Nun,
Kollegen, erscheint Eile, Mann für Mann, in der nächsten Ver-
sammlung die wieder bei Herrn Weisse, Gashof „Zum deutschen
Reich“, befindet, denn da noch Wichtiges zu beschließen ist,
so ist es Pflicht jedes Einzelnen, zugegen zu sein. Fordert jeden

Gera. Am 31. Dezember 1898 fand hier die alljährliche Generalversammlung statt, in der die Mitglieder beiwohne vollständig erschienen waren. Zu Punkt 1 der Tagesordnung giebt der Vorsitzende Zahl einen ausführlichen Bericht über das verflossene Geschäftsjahr; es haben nach denselben stattgefunden 3 Mitgliederversammlungen und zwei öffentliche, in welchen der Vorsitzende Wüllmann und Seher-Letzpig rezipirten. Auch stand eine vom Kartell einberufene Gewerkschaftsversammlung statt, die sich mit den sonnigen Zuständen in den hiesigen Bäckereien beschäftigte, und hatte dieselbe den Erfolg, daß so manchem Uebelhande abgeholzen werden mußte. In Bezug auf die Kastenverhältnisse ergiebt sich folgendes Resultat: Gesamtinnahme M. 188,80, Ausgabe M. 157,95, so daß am Ende des Jahres ein Bestand von M. 30,84 in der Kasse verbleibt. In die Hauptkasse wurden gesandt M. 83,99. Zu Punkt 2 der Tagesordnung, die Verschmelzungfrage betreffend, erläutert Zahl in ausführlicher Weise die Vorlage derselben; es entspann sich eine lebhafte Debatte, die mit nachfolgender Resolution endete: „Die Mitgliedschaft Gera erklärt sich prinzipiell mit der vom Hauptvorstand geplanten Verschmelzung einverstanden und fügt sich den auf der nächsten Generalversammlung zu treffenden Beschlüssen in dieser Frage.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Bei der Neuwahl des Gesamtvorstandes wurden gewählt: Zahl als erster Vorsitzender, Vogt als zweiter Vizevorsitzender, Fugel als Kassier, Rothai als Schriftführer und Kuhne als Sekretär. Hierauf erhält Zahl noch einen Bericht vom Kartell und werden Zahl und Rothai für nächstes Jahr als Rezipienten in dasselbe gewählt. Der Vorsitzende erwähnt hierauf in einer fernigen Anrede, auch im nächsten Jahre fest und treu zur Höhe unserer Organisation zu halten, und schließt mit einem Hohm auf die Bewegung unserer Kriegervereinigung.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 30. Dezember bei
fabe. Mitgeiele B. Liescher referirt über „Das Verhalten des
verantwortlichen G. Reitmann“. Es ist eine erneute Schilderung,

wichtlich A. 2 für die Ausständigen zu opfern. Diesem Beschluss wird zugestimmt. Zur Verschmelzung der Bäder-, Konditoren- und Müllerverbände zum Nahrungsmittelindustriearbeiter-Verein spricht G. Schuell in längeren Ausführungen. Er empfiehlt eine Resolution, welche die Verschmelzung für einen Fortschritt anerkennt, aber wünscht, daß der Vorort des Verbandes an einem Orte mit starker Mitgliedschaft bleibt, damit die Hauptverwaltung hierin einen Rückhalt hat, der die Garantie für gesunde Fortentwicklung des Verbandes bietet. Nachdem T. Blüskamp, Gottheimer und O. Ullmann des Weiteren auf dieses Thema eingegangen, wird ein Antrag Ullmann angenommen, der die Verschmelzung im Prinzip, ebenso eine Erhöhung der Beiträge gutheilt, aber sich eine definitive Stellungnahme für später vorbehält. Unabhängig unserer Bewegung für „Kost und Logis außer dem Hause“ wird einstimmig beschlossen, eine obligatorische Egiraftuer von monatlich 50 Pf einzuführen. Mit der Erhebung derselben soll nach Beendigung des Hasenarbeiterstreiks begonnen werden. Zum Sitzungsfest heilt der Vorsitzende mit, daß dasselbe am 26. Februar bei Lütge abgehalten wird. Karten werden demnächst ausgegeben. Mitwirkenswollende melden sich bei dem Festcomitee melden. — NB. Überrichtungen des Magistratsarbeitsstages und andere Meldungen sind an G. Schuell, Schauenburgerstraße 12, zu richten.

Maiatz. Am 27. November tagte hier im „Rebstöckchen“ die gewöhnliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Abrechnung vom Monat Oktober. 3. Bericht vom Gewerbe-Inspektor. 4. Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden. 5. Wahl einer Kommission für die kombinierte Versammlung der Innung. Der Schriftführer verlas das Protokoll der letzten Sitzung, ebenso der Kassier die Abrechnung vom Monat Oktober, worauf dem Vorstand einstimmig die Decharge ertheilt wurde. Hierauf erstaute Kollege Neuh Bericht vom Gewerbe-Inspektor. Stedner führte an, daß nach beendigter zwölftägiger Arbeitszeit die Meister das Recht haben, den Gesellen noch drei Stunden Gelegenheitsarbeit verrichten zu lassen. Darauf nahm Kollege Edert das Wort und betont, daß dies mit den Bestimmungen, die in den Bäckereien aufhängen, nicht übereinstimmen, denn dadurch würden wir unsere ununterbrochene zwölfständige Ruhezeit verlieren. Kollege Edert betonte weiter, daß es jedes Kollegen Pflicht sei, sich zu organisieren, um sich dann in geschlossnen Reihen ein menschenwürdigeres Dasein zu schaffen. Was uns die Regierung bietet, sei nicht von Belang. Sie hat uns die verhälteste Hand gereicht, die Hand zurückgezogen und uns den leeren Handschuh gelassen. Als stellvertretender Vorsitzender wurde Kollege Rittmeier gewählt. Die Kollegen Biersch, Frisch, Herberg, Binz, Rittmeier, Heidinger, Götz wurden für die kombinierte Sitzung mit dem Innungsausführung gewählt.

Ringfaßt.

Минск, 10 Занят 1897.

Bewilligung, sowie im Allgemeinen die Arbeiterpresse, verfolgt hat, kann wird er im Stillen sich den Jubelrausch vom 1. Juli noch in's Gedächtnis rufen und sagen: „Wo war die große Masse der deutschen Bäckergehülfen zu dieser Zeit?“ Alle Anerkennung ist während dieser Zeit dem organisierten Häuslein deutscher Bäckergehülfen zuzuschreiben. Diese haben allerorts schneidig gesäumt gegen die verwirksamsten Lügen unserer Feuerwehrhelden à la König (Berlin), Widmann (München), und wie sie alle heißen mögen. Besonders aber verdient die Anregung betreffs der Verschmelzung der Nahrungsmittelbranchen große Aufmerksamkeit, indem die Verschmelzung gerade zu einer Zeit gekommen ist, wo die Kraft der Organisationen voll und ganz für die Erhaltung des Maximalarbeitsstages in Anspruch genommen ist. Da sich schon verschiedene Kollegen, theils günstig, geführt haben, so möchte ich auch noch einige Worte darüber verlieren. Da nun der Anfang eines Unternehmens gemacht ist, welches den nützlichen Zweck hat, die Gesamtheit der deutschen Nahrungsmittelindustriearbeiter zu einem geschlossenen, starken Körper zu vereinigen, um durch diese Organisation unsere Interessen besser als bis jetzt vertreten zu können, denn nur durch eine solche Organisation, welche lebensfähig und stark genug ist, können wir das Errungene beibehalten und Weiteres erringen — aus diesem Grunde allein schon erscheint der Zusammenschluß als gerechtfertigt. Aber auch noch einen Punkt möchte ich erwähnen. Gerade wie das Großkapital und die Großindustrie das Kleinhandwerk ausspielen, weil erstmals dieses sehr leisten kann als letzteres, gerade so muß es auch mit den Organisationen werden. Zum Beispiel dürfen wir nur den Holz-, den Metall- und den Buchdruckerstand betrachten, was können diese ihren Mitgliedern an Unterstützung leisten! Da gibt es eine Lohadrückerei wegen Arbeitslosigkeit, wie dies bei unserem Handwerk noch der Fall ist. Durch dieses würde aber auch der stehende Nationalhaß und die Gleichgültigkeit der unterdrückten Bäckereiarbeiter von der Bildfläche verschwinden. Was dann weiter die Erhöhung der Beiträge betrifft, so möchte ich davon absehen, sondern es müßte erst die Verschmelzung verwirklicht werden, um dann sich erst über diese Augesiegeleheit zu berathen. Darauf gratuliere ich allen Mitwirkenden zu einem erfolgreichen Erlingen dieser großen Sache, und erfülle gegründet, im neuen Jahre neu gefestigt fortzuarbeiten wie bis jetzt. Auch wir Bäckereier werden dann bald einen Schritt vorwärts machen.

Allen Kämpfern unserer Sache ein herzliches Profit
gebracht! S. Böckeler

卷之三

In der vorigen Nummer der „Bäder-Zeitung“ schreibt unser liege Kellermann in seinem Aufsatz unter Anderem Folgendes: „Während da die eine (Organisation) immer das wohllobige Bestreben zeigt, recht viel bei Streiks anderer Arbeiter zu versügeln, aber dabei vergisgt, daß Manches von diesem Gelde der eigenen Organisation nöthiger wäre, vermandet eine andere s überschüssige Geld dazu, sich ein eigenes Kapital zu halten, um auf demselben einen Betrieb einzurichten.“

Hierzu bemerkte ich, daß das von der Mitgliedschaft Berlin ausgegebene Blatt bisher keinerlei Einnahme von Verbandsberatern gebraucht hat, im Gegentheil sind noch Gelder an die feste Verbandskasse abgeführt worden, da die Einnahmen von nunen die Druckkosten überstiegen haben. Wie es nun in deren Mitgliedschaften Unwillen erregen kann, daß wir dieses Blatt herausgegeben haben, verstehe ich nicht. Wohl in seiner Stadt haben die Kollegen so ein schwieriges Arbeiten wie gerade Berlin. Misstrauen und wieder Misstrauen ist in früheren Jahren systematisch unter den Kollegen gesetzt worden, das Vertrauen zur Organisation war geschwunden, und wenn auch heute noch die Organisation in gar feinem Verhältniß zu der Gesamt-

zu verzichten. Diese Fortschritte wären selbstverständlich
bessere gewesen, hätten nicht die Streitigkeiten um die Organis-
ationsform schädigend gewirkt. Es galt hier, mit einem gewis-
schen Agitation für die Organisation zu entfalten, um die große
Masse zu gewinnen. Zu diesem Zweck wurde das Blatt, „Der
Vader“, als Erfolg für unsere früheren Flugschriften, Ver-
lungs- und Vergnügungsanzeigen usw. gegründet. Es hat sich
bereits und ist uns eine gute Waffe geworden, und so viel uns
beidufig garnichts. Der Inhalt des Blautes trägt zweifellos der
lokalen Bewegung Rechnung, auch thut dieses Blatt unserem
Verbandsorgan in keiner Weise Abbruch. Wie kann denn ~~der~~
in einigen Mitgliedschaften Unwillen erregen? — Nehmen wir
doch neben den Interessen der Allgemeinheit nur die Interessen
des Verbandes wahr!!! Ich glaube mit dieser Erklärung ist
wohl die Sache erledigt.

Zu Anschluß hieran bemerke ich noch, daß das Blatt monatlich einmal in etwas größerem Format wie unsere Verbandszeitung in einer Auflage von 2000 Exemplaren erscheint, die zur Gratistheilung in allen Berliner Bäckereien gelangen. Die Januar-Nummer ist besonders sorgfältig ausgearbeitet; sie enthält unter Anderem das Resultat der statistischen Erhebung über Berliner Arbeitsverhältnisse, des Weiteren einen ausführlichen Jahresbericht über die Tätigkeit der Mitgliedschaft Berlin. Diese Nummer erscheint in einer großen Massenausgabe mit einer Beilage, und dürfte sich dieselbe für alle Städte zur Agitation gut eignen. Kollegen, welche diese Nummer in Hunderten von Exemplaren beziehen wollen, mögen umgehend ihre Bestellung an uns gelangen lassen. 100 Exemplare werden sich auf M. 1,50 bis M. 2 stellen; größere Bestellungen noch billiger.

mit brüderlichem Gruß

Paul Sandhoff, Berlin, Klosterstr. 101.

Betrieb und Grafschaften!

Da wir zur Generalversammlung uns rästen und über die Verschmelzung der drei Verbände abstimmen, so muß sich die Frage erheben, wie wir uns zu den Genossenschafts-Bädervereinen stellen. Da es bekannte Thatsache ist, daß diese Bädervereine Ruhetanzanstalten sein sollen, so sage ich, sie sind es nicht, denn erstens: die Kollegen dieser Bädervereine lassen jetzt zu wünschen übrig, betrifft der Tageszeit, auch bei Verfallen längst besuchtes, und da die Einigkeit auch nicht sonderlich groß ist, so werde ich einen mit bekannten Fall vorführen: Die Lübeckit Genossenschafts-Bäderrei, die bekanntlich über M. 60 000 Beträgen besitzt und 1893/94 die große Dividende an ihre Mitglieder verteilt hat, ist nicht im Stande, ihren Arbeitern einen Mindestlohn von M. 24 zu gewähren; bei einer Arbeitszeit von 12—14, ja nachgewiesenermaßen 18 Stunden zahlt sie den hortenden Lohn von M. 22. Bei Einführung des Regiminarbeitsstages mußte sich ein Roßzug gehalten lassen, auf die Straße gesetzt zu werden, weil die Arbeitszeit eine längere als 12 Stunden war, und schwierig sich beschwerte. Da solche Rücksicht nur abgeschafft werden können, wenn die Betriebsarbeiter mehr Einigkeit zeigen und den freien Geschäftsführer in einer öffentlichen Versammlung an den Brauner stellen, so mag er freier, offen aufgetreten, nur nicht rausgeschmissen zu werden, aber unsere Delegierten müssen dazu Stellung nehmen, um solchen Regiminarischen Seiten des Geschäftsführer vorzubringen.

Auch die Ausführungen der verschiedenen Kollegen sind bei Material dazu zeigen, daß die Sympathie eine größere ist als 1895, wo wir eine Stimme für die Berufswahl vorhanden war. Der Röhrige Reichel führte an, daß Hochzeiten fallen zu lassen. Es wird den Kollegen nicht unbekannt sein, daß 1894 verschiedene Bahnhofellen obligatorische Einschaltung der „Überleitung“ hatten, auch Anträge beigegeben sind für Auflösung des Centralverbandes, doch die damaligen Waffengesetzmaßen sich lagen, je größer die verwandten Berufe zu einem ganzen Branche geführt werden, desto größer die Zahlung der einzelnen Mitglieder der in Frage kommenden Berufe untereinander, und desto leichter ist die Agitation.

Geschlossen sind wir ein Geiges, allein ein Ritter!
W i l h e l m S b u r g. Freud Gottschmez.

© 1998 W.H. Freeman

Digitized by Google

„Jedermann sei unterthan der Obrigkeit, die
Gewalt aber ihm hat.“ Dieser Bibelspruch wird von den
Kämpfern für Religion, Sitte und Ordnung den für ihre
Menschenrechte kämpfenden Arbeitern bei jeder passenden, noch
mehr aber bei unpassender Gelegenheit oft vorgelesen; handelt
es sich's aber um Anordnungen der „Obrigkeit“, welche den wahren
Kämpfern für Religion, Sitte und Ordnung nicht passen, so
weisen sie auf die „Obrigkeit, die Gewalt über sie hat.“ Da
den ehrgeizigsten Kämpfern für Religion, Sitte und Ordnung
auslegen sich ja gewöhnlich die Herren Führungsmänner in erster
Linie zu rechnen, und unter den Würdenträgern ist es
der bekannte Herr Blindmann, der es gewöhnlich sehr schätzen
würde, wenn man ihn nicht zu diesen Stühlen der Gesellschaft
ziehen würde. Zugdem hat er es mit seiner Unterordnung
an der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Das so nämliche
eigene Obrigkeit im Deutschen Reiche, so man Wundschuh
nennt, im März vorigen Jahres eine Verordnung zum Schutz
des Lebens und der Gesundheit der Werker in den Fabriken
tunlich. Der wadere Führungsmann Blindmann, dessen diese
Verordnung ebenso wenig paßt, wie seinen für Religion, Sitte
und Ordnung anstülpfenden Kollegen, „pfeift“ auf diese Ver-
ordnung der Freiheit die „Fahne“ oben hin und schlägt

... und Erziehung auszumündenden Strafgegen, „wicht“ auf die Verordnung der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat, und obwohl die Verordnung nicht etwa fahrlässig, wie er es selbst gauz gesetzt, sondern vorsätzlich, und zwar, weil er sich ermahnt, den Sinn und Geist der Gewerbeordnung viel besser verständen zu haben, als die Obrigkeit, welche nicht nur Gewalt über ihn hat, sondern auch — wie es in dem angegangenen Urteilsspruch weiter hieß — „von Gott verordnet“ ist und, wie bekannt: „wer Gott gibt ein mit dem giebt er auch Verhand“. Infolgedessen den Herrn Baudenbachers auch nicht belastet zu sein. Er erhält daher nun auf eine Geldstrafe lautenden Strafbefehl, wogegen eine gerichtliche Entscheidung beantragt. Das Schöffengericht W. entgegen der Auffassung des Herrn S. und seines Verteidigers, des antisemitischen Reichstagsabgeordneten Dr. Bielhaben, die Verordnung des Bundesstaates für zu Gewalt befehlend und verurtheilt ihn zu einer Geldstrafe von R. 20, event. entsprechende Verjährungsstrafe. Damit noch lange nicht zufrieden, legt Dr. Bielhaben Berufung ein, infolgedessen die Sache auch das Landgericht beschäftigt, freilich, wie der Präsident Reichsgerichts bemerkt, nur formell, denn diese Instanz möglicherweise entscheiden wie sie wolle, auf jeden Fall wird die Sache erst vom Oberlandesgericht endgültig entschieden werden, da die beiden Richtermeister beschlossen haben, die Entscheidung des

